

Bericht aus dem Gemeinderat vom 29.05.2017

TOP 1 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Zwei Bürger aus der Leopoldstraße riefen die Mitglieder des Gemeinderats dazu auf, dem Tagesordnungspunkt 8 «Antrag auf Änderung des Planfeststellungsbeschlusses vom 17.10.1979 bezüglich der Verkehrsführung in der Leopoldstraße» nicht zuzustimmen. Man solle die Regelung beibehalten, denn eine Änderung bedeute ein Wegfallen der Anwohnerparkplätze und erhöhte Lärm- und CO₂-Belastung.

TOP 2 Informationen der Verwaltung

Es gab keine Informationen der Verwaltung.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen verwies auf den Aushang vor dem Gemeinderatssaal.

TOP 4 Sanierung Leopoldsplatz;

- a) Fortschreibung des Projektbeschlusses vom 28.09.2015 zur Sanierung des Leopoldsplatzes**
- b) Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen**
- c) Ausschreibung für den zweiten Bauabschnitt**

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig erklärte, dass die zwei von der Stadtverwaltung organisierten Ausfahrten nach Neu-Ulm, Singen und Konstanz und in die Schweiz zur Besichtigung von Asphalt- und Betonflächen den Gemeinderat in die Lage versetzen müssten, eine Entscheidung zu treffen. Man habe den Antrag der Fraktion der Grünen, auf eine doppelte Ausschreibung für die Oberflächen des Leopoldsplatzes in Asphalt und Beton, analysiert und fernmündlich bei der Gemeindeprüfungsanstalt nachgefragt, ob ein solches, doppeltes Ausschreibungsverfahren möglich ist. Demnach sei es nicht ausgeschlossen, es müssten aber für beide Varianten fertige Planungen vorliegen. Er erinnerte, dass es für die Beton-Oberfläche bereits eine fertige Planung gibt, für eine Asphalt-Oberfläche nicht. Diese zu erstellen würde etwa zwei Monate in Anspruch nehmen und bei der Frage der Gestaltung auch noch einen weiteren Beschluss des Gemeinderats erfordern. Auch für die Asphalt-Oberfläche müsse es dann eine europaweite Ausschreibung geben. Man würde erheblich Zeit verlieren und bei einer Planung von zwei gleichen Flächen, von denen nur eine gebaut werde, mindestens einen fünfstelligen, wenn nicht sechsstelligen Betrag verlieren. Er appellierte an den Gemeinderat, heute eine Entscheidung zu treffen.

Oberbürgermeisterin Margret Mergen ergänzte, dass man vor der Ausschreibung dann auch die Entscheidungsparameter festlegen müsse – Langlebigkeit, Kosten, Zeitersparnis – um Rechtssicherheit zu erlangen. Eine Ausschreibung helfe bei dieser Entscheidung nicht.

Beate Böhlen, Grünen-Fraktionsvorsitzende, erinnerte daran, dass der Leopoldsplatz die Stadt nun seit 27 Jahren beschäftigt, er liege im Herzen der Stadt und sei kein Busbahnhof. Sie zweifle nicht daran, dass Beton langlebiger ist, aber er entspreche nicht dem Charakter der Stadt und Asphalt sei die optisch bessere Lösung. Das Abfräsen der Asphaltfläche sei nicht sehr kostenintensive und sie befürchte, dass Beton sich schlechter reinigen lässt und schnell verschmutzt. Sie beantragte eine namentliche Abstimmung.

Alfons Seiterle, CDU, sprach sich ebenfalls für eine namentliche Abstimmung aus.

Klaus Bloedt-Werner, CDU, sah in dem Antrag der Grünen Zeitverlust und Geldverschwendung und ein Drücken vor einer klaren Entscheidung. Eine andere Entscheidung als Beton sei sträflich und fahrlässig.

Hans-Peter Ehinger, Freie-Wähler-Fraktionschef, sagte, es sei richtig gewesen, nochmal in eine offene Diskussion zu gehen. Seine Fraktion sei in der Lage, eine Entscheidung zu treffen, werde aber nicht einheitlich abstimmen.

Hans Schindler, FDP, kritisierte, dass bei der Beton-Oberfläche ausschließlich Haltbarkeit im Vordergrund stehe und diese eher Tristesse statt Eleganz bringe. Ein Ideenwettbewerb wäre hilfreich gewesen, doch diese Chance sei jetzt vorbei.

Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionschef, lobte die Marktuntersuchung der Stadtverwaltung als beispiellos und vorbildlich und als damals von der Asphaltindustrie auch nach nochmaliger direkter Anfrage kein Angebot eingegangen sei, sei die Entscheidung für Beton klar gewesen.

Martin Ernst, FBB, warf noch einmal die Grundsatzfrage auf, ob der Leopoldsplatz eine Straßenkreuzung oder ein zentraler Platz sei und ob der Straßenbelag weltkurerbefähigt sein solle. Wegen des Zeit- und Kostenargumentes sprach er sich für die Asphalt-Lösung aus.

Beton-Experte Rolf Werner aus der Schweiz berichtete von der Besichtigungsfahrt zu den Beton-Flächen in der Schweiz und beantwortete die Frage von Beate Böhlen nach der Reinigung der Beton-Fläche, dass dies mit herkömmlichen Reinigungsfahrzeugen möglich sei, man aber davon abrate, im Winter Splitt zu streuen, weil dieser die Fugen beschädigen könnte.

Heinz Gehri, Freie Wähler, betonte noch einmal, dass er nicht an der Haltbarkeit des Betons zweifle, aber die Optik nicht schön finde.

Werner Henn, SPD, gestand, dass er sich mit der Entscheidung Beton oder Asphalt schwer tue, er aber den Fachleuten vertrauen müsse. Es sei eine Entscheidung zwischen Optik und Haltbarkeit. Vor 27 Jahren habe die Optik die größere Rolle gespielt, nun sei die vernünftige Lösung die nachhaltigere, außerdem habe man bereits viel in den Unterbau investiert.

Als die Argumente sich begannen zu wiederholen, beantragte Heinz Gehri das Ende der Debatte und es wurde zunächst über den Antrag der Grünen für eine doppelte Ausschreibung abgestimmt. Dieser wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die namentliche Abstimmung ergab dann schließlich eine Mehrheit mit 21 Ja- zu 16-Nein-Stimmen für die Beton-Oberfläche. Ausschlaggebend dafür waren die Stimmen aus der Fraktion der Freien Wähler, die im Bauausschuss noch für Asphalt votierten und in der heutigen Abstimmung nicht einheitlich abstimmten.

TOP 5 Projektbeschluss – Konzessionsverlängerung Merkur Bergbahn

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die Betriebskonzession der Merkur Bergbahn läuft zum 31.12.2017 aus. Als Voraussetzung für die Wiedererteilung der Konzession sind umfangreiche Umbaumaßnahmen notwendig. Aus diesem Grund ist bis zur Umsetzung zunächst eine Verlängerung der bestehenden Konzession bis zum 31.12.2019 geplant. Nach aktuellen Kostenschätzungen ist für die erforderlichen Umbaumaßnahmen mit Kosten in Höhe von ca. 5 Mio. Euro zuzüglich Baunebenkosten in Höhe von ca. 1,25 Mio. Euro zu*

rechnen. Falls die notwendigen Auflagen nicht erfüllt werden, muss der Betrieb der Merkur Bergbahn zum 31.12.2017 eingestellt werden.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 6 Projektbeschluss Wohnbaugebiet «Stöcke Nord» in Sandweier

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Der OR Sandweier nahm den städtebaulichen Entwurf zum Bebauungsplan «Stöcke Nord» am 06.03.2017 zustimmend zur Kenntnis, am 05.04.2017 wurde die Planung der Öffentlichkeit in einer Bürgerinformation vorgestellt. Der Geltungsbereich beträgt 3,156 ha. Die gesamte Grundstücksfläche befindet sich im Eigentum der Stadt, so dass die Maßnahme über den städtischen Haushalt abgewickelt werden soll. Neben den rund 0,501 ha für Verkehrsflächen und 1,44 ha für Ausgleichsflächen entstehen 1,215 ha Netto-Baulandfläche zum Verkauf. Die GSE wurde von der Verwaltung mit der Projektsteuerung der Wohnbaugebietsentwicklung beauftragt. Zur weiteren Entwicklung des Wohnbaugebietes «Stöcke Nord» ist ein Projektbeschluss erforderlich. Zudem sind für die städtebaulichen Planungen Ingenieurleistungen u.a. für die Erschließung notwendig. Hierfür werden zunächst außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 250.000 Euro erforderlich. Die Mittel für eine Realisierung werden im Haushalt 2018 angemeldet. Eine Realisierung der Erschließung kann je nach Mittelfreigabe im Jahr 2018 beginnen.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 7 Trassenbündelung und Verlegung der Freileitungen der Transnet BW sowie der Gemeinschaftsleitung von DB Energie und Netze EnBW im Stadtteil Sandweier

a) Vorstellung der gebündelten Trassenvarianten

b) Zustimmung zur anteiligen Kostenübernahme

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die Transnet BW GmbH plant, die Transportkapazität der bestehenden 220 kV Freileitung zwischen Daxlanden und Eichstetten auf 380 kV zu erhöhen. Hiervon ist auch ein Leitungsabschnitt innerhalb der Gemarkung Sandweier betroffen. Weiterhin plant die DB Energie GmbH (in etwa zeitgleich) die Erneuerung der Masten der bestehenden 110 kV-Bahnstromleitungen der Trasse Appenweier-Karlsruhe BL438. Im Bereich der Gemarkung Sandweier befindet sich auf diesen Masten ebenfalls die 110 kV-Leitung der Netze BW GmbH (sogenanntes «Gemeinschaftsgestänge»). Die Verwaltung der Stadt Baden-Baden sieht in diesem Zusammenhang die aktuelle Chance, die Trassen der drei Leitungsträger zu bündeln und von der Siedlungsfläche des Ortsteils Sandweier möglichst weit abzurücken. Damit sind geschätzte Kosten von ca. 1,3 Mio Euro verbunden. Nach aktueller Sicht der Dinge sind – wenn die unten angeführte Kostenteilung angeführt wird – im Haushalt 2018/2019 die Kosten für die Umfahrung der Ortslage Sandweier mit 487.500 Euro + die Kosten für die Teilfreimachung des Gewerbegebietes «Oberfeld Süd» mit 325.000 Euro = 812.500 Euro einzuplanen.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage bei zwei Enthaltungen zu.

TOP 8 L 79 a Schlossbergtangente

Antrag auf Änderung des Planfeststellungsbeschlusses vom 17.10.1979 bezüglich der Verkehrsführung in der Leopoldstraße

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Im Planfeststellungsbeschluss vom 17.10.1979 wurden u. a. bezüglich der Verkehrsführung in der Leopold-, Balzenberg-, und Beethovenstraße rechtsverbindliche Feststellungen getroffen. Es wurde vorgegeben, dass von

der Schlossbergtangente kommend (L79a) nicht auf dem direkten Weg talwärts in Richtung Lange Straße gefahren werden darf, sondern die Verkehrsführung rechtsweisend über die Balzenberg-, Beethoven-, Mozart-, und Leopoldstraße zu führen ist. (Damit entsprach man den Forderungen der Anwohner, die bei einer durchgängigen Befahrung der Leopoldstraße in beiden Richtungen eine übermäßige Verkehrs- und Lärmbelastung befürchteten). Aufgrund der Baustelle zur Baumaßnahme «Lange Straße 100» wurde aus Gründen der Baustellenabwicklung die bestehende Verkehrsführung geändert und es wurde zugelassen, dass der talwärts führende Verkehr der Schlossbergtangente direkt in die Leopoldstraße und weiter in die Lange Straße fahren kann mit Abbiegemöglichkeit in die Mozartstraße. Es besteht die Absicht, diese Verkehrsführung, mit Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h, einzurichten und einen entsprechenden Antrag beim Regierungspräsidium Karlsruhe zu stellen.

Rolf Pilarski, FDP, sagte, ihm würden sich die Vorteile einer Verkehrsführung in der Leopoldstraße nicht erschließen, er sehe eine Benachteiligung der Anwohner zu Gunsten der Festspielhaus-Besucher.

Klaus Bloedt-Werner, CDU, erinnerte daran, dass es sich bei dem Beschluss um das Einleiten eines Verfahrens handle, in dessen Verlauf alle Einwände angehört und abgewogen würden. Er sprach sich im Zuge dessen auch für Bürgergespräche aus. Hans-Peter Ehinger, Beate Böhlen und Werner Henn pflichteten bei.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage bei sechs Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen zu.

TOP 9 Durchführungsvertrag «Wohnen am Keltenweg»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die GSE beabsichtigt die Errichtung von zwei Mehrfamilienhäusern mit Stellplätzen und Nebenanlagen auf Basis eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans. Dieser setzt einen Durchführungsvertrag voraus, über dessen Abschluss zu entscheiden ist.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage bei einer Enthaltung zu.

TOP 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan «Wohnen am Keltenweg»

a) Behandlung der Stellungnahmen

b) Satzungsbeschlüsse

Zusammengefasster Sachverhalt

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden hat in seiner öffentlichen Sitzung am 26.09.2016 beschlossen, für den im Lageplan vom 09.08.2016 dargestellten Bereich nach § 21 Abs. 1 BauGB einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan «Wohnen am Keltenweg» aufzustellen und das Verfahren nach § 13a BauGB anzuwenden. Darüber hinaus wurde beschlossen, die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und der berührten Behörden gemäß § 33 (3) BauGB durchzuführen. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes «Wohnen am Keltenweg» einschließlich seiner Begründung und des örtlichen Bauvorschriften, der Vorhaben und Erschließungsplan sowie der artenschutzrechtliche Fachbeitrag, Büro Lehmann, und die Stellungnahme Schallschutz, Ing.-Büro Schalltechnik ISIS, lagen in der Zeit vom 10.10.2016 bis einschließlich 11.11.2016 öffentlich aus. Im Rahmen der Offenlage sind Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden eingegangen, die nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander aus den von der Verwaltung dargelegten Gründen teilweise

berücksichtigt werden.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 11 Maßnahmenvorschläge der Kindergartenbedarfsplanung zur Abdeckung des Bedarfs – Erweiterung und Sanierung Kindergarten St. Walburga

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen ist ungebrochen hoch. In der Beschlussvorlage mit der Drucksachenummer 17.144 werden kurzfristig umsetzbare Maßnahmen vorgeschlagen. Nach der Beschlussfassung zur Vorlage 17.144 fehlen derzeit 79 Plätze. Ergänzend zu den zunächst vorgeschlagenen Maßnahmen hat sich ergeben, dass eine Erweiterung des kath. Kindergartens St. Walburga um zwei Gruppen möglich ist. Diese Erweiterung soll so rasch als möglich umgesetzt werden. Es handelt sich um ein dauerhaftes Angebot. Die Verwaltung beabsichtigt eine Fortschreibung der Richtlinien zur Förderung in Kindertagesstätten und Krippen im Stadtkreis Baden-Baden. Künftig soll der Zuschuss für neugeschaffene Plätze 80 Prozent der Investitionskosten betragen. Die Bereitstellung der Zuschüsse erfolgt über den Doppelhaushalt 2018/2019, vorbehaltlich der Beschlussfassung Drucksache-Nr.17.204 (Novellierung der Richtlinien zur Förderung in Kindertagesstätten und Krippen im Stadtkreis Baden-Baden) am 26.06.2017 im Gemeinderat. Sofern noch im Jahr 2017 Finanzmittel für Bau und Sanierung notwendig sind, ist der Träger zur Vorfinanzierung bereit.*

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 12 Projektvereinbarung der WDL Nordschwarzwald, den Murgtal-Werkstätten & Wohngemeinschaften und dem Landkreis Rastatt sowie der Stadt Baden-Baden über das betreuungsintensive Werkstattangebot «Begleitete Arbeit plus»

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 13 Verlängerung der Projektvereinbarung der WdL Nordschwarzwald (WDL), den Murgtal-Werkstätten & Wohngemeinschaften (MWW) und dem Landkreis Rastatt sowie der Stadt Baden-Baden über betrieblich integrierte Arbeitsplätze (BIA)

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 14 Erhöhung der Eintrittspreise für Veranstaltungen der Philharmonie Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *In den vergangenen Jahren wurden die Preise der Kauftickets alljährlich erhöht. Um die Attraktivität der Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen nicht zu schädigen, sollten auch in der Saison 2018 / 2019 die Preise um 1 Euro je Ticket angehoben werden. Wir erwarten dadurch Mehreinnahmen in Höhe von: ca. 10.000 Euro. Im Detail sollten die Eintrittspreise sich wie folgt entwickeln:*

Festkonzerte: von 30 Euro – 33 Euro auf 31 Euro – 34 Euro

Sinfoniekonzerte: von 25Euro – 29Euro / 26 Euro – 30 Euro

Kammerkonzerte von 10 Euro – 15Euro / 11 Euro – 16 Euro

Rosenkonzerte von 21 Euro – 26 Euro / 23 Euro – 27 Euro

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage bei drei Nein-Stimmen zu.

TOP 15 Vorläufiger Haushaltsabschluss 2016 Haushaltsvollzug 2017

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom vorläufigen Haushaltsabschluss 2016, der finanziellen Prognose für das Haushaltsjahr 2017 und der Entwicklung der Schulden und der Liquidität. Der Gemeinderat beschließt, für den Haushaltsabschluss 2016 eine Rückstellung in Höhe von 4 Mio. Euro für die Mindereinnahmen im Finanzausgleich zu bilden und genehmigt hierfür die außerplanmäßigen Aufwendungen. Der Ergebnishaushalt wird unter der Berücksichtigung einer Rückstellung von 4 Mio. Euro für den Finanzausgleich mit einem positiven Betrag von 6-7 Mio. Euro abschließen. Der Finanzhaushalt wurde im Wesentlichen planmäßig vollzogen. Der Schuldenstand steigt auf 29,1 Mio. Euro. Die Liquidität beträgt zum 31.12.2016 42 Mio. Euro.*

Rolf Pilarski, FDP, erinnerte daran, dass die Prognose des Haushaltsabschlusses von einem Minus ausging, womit diverse Sparmaßnahmen dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt worden seien und forderte von der Verwaltung eine Liste der Entscheidungen, die der Gemeinderat aufgrund dieser Prognose getroffen habe. So seien beispielsweise die Erhöhung der Kurtaxe und der Gewerbesteuer unter falschen Voraussetzungen entschieden worden.

OB Mergen argumentierte, dass es zur Lebenswirklichkeit gehöre, dass sich Zahlen veränderten und empfahl dem Gemeinderat, den Antrag der FDP auf Vorlage einer Liste abzulehnen.

Dies wurde von Kurt Hochstuhl, SPD, ausgebremst, der die Oberbürgermeisterin belehrte, dass sie den Antrag entgegnen müsse und den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden sollte über den Antrag nachzudenken und abzuwägen. Deshalb solle der Antrag auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.

Auch Beate Böhlen, Grüne, gestand, dass der Antrag durchaus Charme habe und empfahl das Thema in Verbindung mit den Haushaltsberatungen im Spätherbst zu behandeln.

Der Gemeinderat stimmte bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung der Beschlussvorlage zu.

TOP 16 Finanzierung Festspielhaus – Darstellung der zukünftigen Zahlungsströme

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat nimmt die voraussichtlichen Zahlungsströme für die Jahre 2017 bis 2035 bezüglich des Festspielhauses zur Kenntnis.*

TOP 17 Festspielhaus und Festspiele Baden-Baden gGmbH Betrauungsakt

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die Stadt Baden-Baden hat die KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH beauftragt eine EU-beihilfenrechtliche Bewertung von Zuwendungen der Stadt Baden-Baden zugunsten der Festspielhaus und Festspiele Baden-Baden gGmbH (nachfolgend: «FSH») vorzunehmen. Die KPMG hat empfohlen, die Zuwendungen der Stadt Baden-Baden zugunsten des FSH im Wege eines Betrauungsaktes EU-beihilfenrechtskonform abzusichern.*

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage bei einer Nein-Stimme zu.

TOP 18 Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften gegenüber der L-Bank Baden-Württemberg zur Sicherung von Darlehen für die Schaffung von Sozialmietwohnraum in der Alemannenstraße 32/34 der Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung Baden-Baden mbH

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung des Regierungspräsidiums Karlsruhe, die Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften gegenüber der L-Bank Baden-Württemberg zur Sicherung von zwei Darlehen für die Schaffung von Sozialmietwohnraum in Höhe von 1.034.240 Euro und 2.400.000 Euro für die Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung mbH.*

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 19 Nachbestellung ehrenamtlicher Mitglieder des Gutachterausschusses

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Für den Gutachterausschuss zur Ermittlung von Grundstückswerten und für sonstige Wertermittlungen im Sinne von § 192 Baugesetzbuch (BauGB) werden für den Stadtkreis Baden-Baden rückwirkend ab dem 01. Mai 2017 bis zum Ablauf der laufenden Amtsperiode (30.09.2018) folgende Personen als ehrenamtliche Gutachter (nach)bestellt: 1. Herr Wolfgang Gräff, Amtsrat/Bausachverständiger als ehrenamtlicher Gutachter. 2. Herr Joachim Eckmayer, Steueramtmann/Sachbearbeiter Grundstückswertstelle als ehrenamtlicher Gutachter (Stellvertreter)*

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund von Einwänden von FBB-Stadtrat Martin Ernst gegen einen der Kandidaten in die nichtöffentliche Sitzung vertagt.

TOP 20 Anfragen aus dem Gemeinderat

Kurt Hochstuhl, SPD, kritisierte in einer Stellungnahme die Veröffentlichung der unter Mitwirkung von drei FBB-Stadträten gedrehten Videos auf focus-baden-baden.de zu der Situation am Augustaplatz. Er warf den Stadträten vor, die gefilmten Menschen in verachtender Weise im Internet darzustellen und auch deren Recht am eigenen Bild zu verletzen.

Marianne Raven, FBB, entgegnete, dass das Dokumentieren einer Straftat rechtlich einwandfrei sei und OB Mergen in einer Gemeinderatssitzung dazu aufgerufen habe, Menschen, die öffentlich in der Grönneranlage urinierten, auf ihr Fehlverhalten hinzuweisen.

Kurt Hochstuhl, SPD, kritisierte wiederum, dass die Video-Aufnahmen nicht der Polizei übermittelt worden seien, sondern im Internet veröffentlicht wurden.

Beate Böhlen, Grüne, sagte, sie sei von Marianne Raven enttäuscht.

Martin Ernst, FBB, entgegnete, dass die «innere Sicherheit» auf dem Augustaplatz «nicht mehr da» sei. Es liege wöchentlich «Flüssiges und Festes» in den Hauseingängen und in der Augustagarage hätten wochenlang Menschen gewohnt mit Hunden und es habe gestunken.

Beate Böhlen sagte, sie könne verstehen, was Martin Ernst vortrage, aber die Vorgehensweise könne sie nicht billigen.

OB Mergen sagte, zu, man wolle mit Polizei und Gemeindevollzugsdienst auf diese Menschen einwirken und auch vom Hausrecht durch die Parkgaragengesellschaft Gebrauch

machen.

Kurt Hochstuhl schlug vor, dass man es mit Sozialarbeitern versuchen sollte und schließlich einigte man sich darauf, dass man das Problem nicht auf die Schnelle lösen könne.